



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Berliner Ausgabe „Vorwärts“

Berlin, Sonntag, 10. März 1957

12. (68.) Jahrgang / Nr. 60 / Einzelpreis 15 Pf

CPYRGHT

Unsere Bauern haben eine gesicherte Zukunft

Heute treten die Delegierten, Bauern und Gärtner unserer Republik zu ihrem V. Deutschen Bauerntag in Güstrow zusammen. Er wird die Bilanz der Entwicklung unserer Landwirtschaft seit dem IV. Deutschen Bauerntag ziehen und erneut beweisen, daß in der DDR alle Bauerninnen und Bauern eine gesicherte Zukunft haben. Die Bauern werden berichten, wie sie die Bundesverpflichtungen gegenüber der Arbeiterklasse erfüllt haben und Maßnahmen festlegen, die darauf gerichtet sind, unsere Arbeiter- und Bauernmacht weiter zu festigen, den Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft zielstrebig fortzuführen und die Brutto- und Marktproduktion weiter zu steigern. Sie werden auch darüber beraten, wie die VdBG (BHG) mithelfen kann, das von der 30. Tagung des Zentralkomitees vorgeschlagene Programm zur Wiedervereinigung Deutschlands zu einem Staat ohne Monopole, Junker und Militaristen, zu verwirklichen.

Während der Vorbereitung des V. Deutschen Bauerntages wurde in der VdBG (BHG) eine große Arbeit geleistet. In Tausenden Versammlungen der Ortsvereinigungen der VdBG (BHG), auf Kreis- und Bezirksbauerntagen, berieten die Bauern rego über die neuen Aufgaben ihrer Organisation beim Aufbau des Sozialismus und diskutierten über Wege, wie die Marktproduktion allseitig und schnell gesteigert werden kann. Das Charakteristische der Diskussionen bestand darin, daß sich die große Mehrheit der Bauern offen zu unserem Staat und zum Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft bekannte. Die werktätigen Bauern und ihre Organisation, die VdBG (BHG), können auf große Erfolge bei der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft zurückblicken. Sie haben mit Unterstützung der MTS große Anstrengungen bei der weiteren Steigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion unternommen. So stieg die Marktproduktion 1956 gegenüber 1954 für Milch um rund 240 000 t, bei Lebendvieh um 30 600 und bei Eiern um 285,9 Millionen Stück. Trotzdem — und das ist ein erster Mangel — wurden nicht alle Positionen unserer Pläne in den letzten zwei Jahren erfüllt. Auf vielen Kreis- und Bezirksbauerntagen wiesen die Bauern

genießen auf diese Art die Vorteile der gemeinschaftlichen Arbeit. So konnte die ständige Arbeitsgemeinschaft in Karlshof, Kreis Stadthagen, durch die Gemeinschaftsarbeit ihre Marktleistungen je Hektar 1956 im Verhältnis zu 1954 bei Fleisch um 80 kg, bei Milch um rund 360 kg und bei Eiern um rund 100 Stück erhöhen. Die Delegierten sollten prüfen, wie diese Vorteile der Gemeinschaftsarbeit allen Bauern begreiflich gemacht werden können, damit die Zahl jener Bauern, die aus Unkenntnis oder Eigenwillen täglich auf zusätzliche Einnahmen verzichten, immer geringer wird.

Dem V. Deutschen Bauerntag ging die V. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG in Rostock voraus. Sie bewies unwiderlegbar die Stärke der sozialistischen Großproduktion und damit die Richtigkeit des von der Partei der Arbeiterklasse gewiesenen Weges zur Entwicklung unserer Landwirtschaft. Es ist daher selbstverständlich, daß der V. Deutsche Bauerntag auch darüber beraten wird, was die VdBG (BHG), insbesondere die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften und die Molkegenossenschaften tun müssen, um die LPG tatkräftig zu unterstützen. Die VdBG (BHG) sollte dazu beitragen, weitere Zehntausende Mitarbeiter für den freiwilligen Eintritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu gewinnen.

Die Delegierten werden auch über die neuen Aufgaben der BHG beim Aufbau des Sozialismus Klarheit schaffen müssen. Die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften haben selbstverständlich den Dorf mit Produktionsmitteln und anderen Bedarfsgütern zu versorgen. In viel stärkerem Maße als bisher aber müssen sie Organisatoren der gemeinsamen Produktion werden, indem sie gemeinschaftliche Trocknungsanlagen, Dampfkolonnen, Dreschmaschinen, Klebereisen usw. anschaffen und richtig ausnutzen. Die BHG übernehmen damit Produktionsaufgaben, helfen bei der weiteren Mechanisierung der Landwirtschaft und geben den werktätigen Einzelbauern wie auch für die Genossenschaftsbauern eine wertvolle Hilfe.

Die VdBG (BHG) trägt nicht nur

V. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz proklamiert:

Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse

1300 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aus ganz Deutschland wenden sich an alle deutschen Arbeiter
Deutscher Imperialismus bedroht den Weltfrieden / Für Aktionseinheit gegen Großkapital und Militarismus
Reale Schritte für die Wiedervereinigung Deutschlands als demokratischer und fortschrittlicher Staat

Leipzig (ND). Am Sonnabend und in Leipzig die V. Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz statt, auf der 1300 Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre aus ganz Deutschland über Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse berieten. Nach eingehender Diskussion nahmen die Delegierten ein Dokument mit historischer Bedeutung an, das auf die Gefahr der Imperialistischen und militaristischen Entwicklung in Westdeutschland hinweist. Es wird hervorgehoben, daß die Veränderung der Verhältnisse in Westdeutschland, die Auflösung der Wehrmacht, der Austritt aus der NATO, die Entmachtung der Monopolkapitalisten, Militaristen und Faschisten unabdingbare Voraussetzungen für die Lösung der deutschen Frage im Interesse der Mehrheit unseres Volkes sind.

Die Arbeiterklasse habe die Kraft, diese Forderungen durchzusetzen, wenn sie einig ist und entschlossen handelt. Für die Arbeiterklasse könne es nur ein vereinigtes Deutschland geben, ein friedliebend, demokratisch und wirtschaftlich ist, in dem alle Macht vom Volke ausgeht und in dem die Arbeiterklasse den entscheidenden Einfluß besitzt.

Die Konferenz stand unter der Leitung des Ständigen Ausschusses der Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz.

Genäß dem Vorschlag des 30. Plenums des ZK der SED erhielten alle Konferenzteilnehmer zur Übermittlung an die westdeutschen Arbeiter einen Rechenschaftsbericht der Delegierten aus der DDR über die Errungenschaften der Werktätigen in der DDR und über die Bedeutung des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates.

Um die Ehre des DGB und der SPD

Wie der Referent des Ständigen Ausschusses — ein sozialdemokratischer Funktionär aus Westdeutschland — den Delegierten berichtete, hat sich der Ausschuß in Vorbereitung dieser Tagung an die Arbeiter und Angestellten ganz Deutschlands, an ihre Parteien und Organisationen gewandt. Bedauerlicherweise haben der DGB-Bundesvorstand und der SPD-Parteivorstand keine offiziellen Vertreter entsandt, obwohl ihnen zugesichert worden war, daß sie frei und offen ihre Ansichten vertreten können. „Mit Freude und Genugtuung stellen wir fest“, so sagte der Sprecher, „daß über 900 Funktionäre und Mitglieder der Arbeiterparteien und -organisationen der Bundesrepublik den Weg nach Leipzig gefunden haben. Sie haben damit die Ehre der SPD und des DGB gerettet.“

Der Einladung gefolgt

Die Konferenz begrüßte mit stürmischem Beifall die Vertreter der

SED und des FDGB, an der Spitze die Genossen Walter Ulbricht, Friedrich Ebert, Otto Buchwitz, Prof. Dr. Hermann Dunker und Rudi Kirschner, die der Einladung gefolgt waren und die, so betonte der Sprecher, damit beweisen, daß es ihnen mit der Verständigung, der Zusammenarbeit und dem gemeinsamen Handeln aller deutschen Arbeiter bitter ernst ist.

Die gegenwärtige Situation verlange geradezu gebieterisch die Darlegung des Standpunktes der deutschen Arbeiterklasse, die programmatische Festlegung ihres Weges und ihres Zieles. Deshalb habe der Ständige Ausschuß, gemäß dem Auftrage der letzten gesamtdeutschen Konferenz ein Dokument über Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse entworfen.

Der sozialdemokratische Genosse erklärte, daß die Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung des Dokumentes die Lage in beiden deutschen Staaten sorgfältig untersucht habe. Sie kam zu der Schlussfolgerung, daß die Grundforderungen der Arbeiterklasse in der DDR bereits verwirklicht wurden. Die Macht ist in den Händen der Arbeiter, und gestützt auf diese Macht schufen sich die Arbeiter der DDR soziale Errungenschaften, die die wir in der Bundesrepublik zu kämpfen erzwungen sind.

In der Bundesrepublik sei die Macht dagegen noch wie vor in den Händen der Großkapitalisten, die sie brutal und rücksichtslos gegen die Arbeiter einsetzen. Es komme also darauf an, die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu ändern und eine Wende in der Politik Westdeutschlands herbeizuführen.

Einheit nur ohne Imperialisten

Die Diskussion zu den Rechenschaftsberichten und zum Dokument wurde durch das Auftreten der westdeutschen Arbeiter beherrscht, die durch ihre Schilderungen der wachsenden Ausbeutung und der immer schlimmer werden-

den Diktatur der westdeutschen Konzerne und Militaristen die Notwendigkeit der Forderungen im Programm über „Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse“ unterstrichen. Für die deutschen Werktätigen, so sagte ein Arbeiter, könne es nur eine friedliche Zukunft geben, wenn die Monopolen und Militaristen entmachtet worden sind.

Schluß mit der Hetze gegen die DDR

Um zu diesem Ziel zu gelangen, forderten die westdeutschen Delegierten von der Führung der SPD (Fortsetzung auf Seite 2)

„Neues Deutschland“ veröffentlicht Geheim-Memorandum von Dulles

Feststellungen des amerikanischen Außenministers Dulles über die schwere Niederlage des Imperialismus im Nahen Osten, über das gestiegene Ansehen der Sowjetunion bei den arabischen Völkern, seine Vorschläge an Präsident Eisenhower:

Wie sich die USA die Herrschaft über die Erdölvorkommen des Nahen Ostens sichern, wie sie neue, mit Atomwaffen ausgerüstete militärische Stützpunkte im Nahen Osten errichten

und durch propagandistische Winkelzüge die Öffentlichkeit der arabischen Länder irreführen sollen, sind in einem geheimen, von Dulles dem USA-Präsidenten unterbreitetes Memorandum enthalten.

Eine inhaltliche Wiedergabe dieses Geheimmemorandums, in dem sich Dulles die Vorschläge des von uns veröffentlichten Rockefellerbriefes zu eigen macht, veröffentlichen wir auf Seite 3 unserer heutigen Ausgabe mit dem Titel „Der Feind der arabischen Freiheit“.



Leipzig (ND). Auf der internationalen Pressekonferenz des Leipziger Messeamtes gab Hauptabteilungsleiter Walfried Lange am Sonnabend Mitteilungen

und auf die Deutsche Bundesrepublik 60 Millionen DM. An Import- und Einkaufsverträgen wurden bis zum sechsten Messetag Geschäfte in Höhe von 110 Millionen DM abgeschlossen. Davon entfielen für 52 Millionen DM auf die sozialistischen, das übrige auf die kapitalistischen Länder einschließlich des innerdeutschen

und Schweden mit 313 Besuchern vor. Der Charakter internationaler Handelsstätigkeit, der der Leipziger Messe in hohem Maße eigen ist, unterstreichen auch umfangreiche Handelsunternehmungen und Einzelkaufleuten abgeschlossen wurden. Die zahlreichen Kontaktaufnahmen und Verhandlungen zwischen den

Der Feind der arabischen Freiheit

Geheim-Memorandum von Dulles enthüllt Nahost-Politik der USA

Der amerikanische Außenminister auf den Bahnen Rockefeller

CPYRGHT

Wir veröffentlichten am 15. Februar dieses Jahres das Memorandum von Nelson Rockefeller, das die wahren Ziele der amerikanischen Politik hinsichtlich der industriell schwach entwickelten Länder Asiens und Afrikas enthüllt.

Diese Veröffentlichung fand in der Weltpresse breiten Widerhall. Die syrische Zeitung „Al Kabas“ zum Beispiel bemerkte in einem Leitartikel, daß die in dem Schreiben Rockefeller unterbreiteten Vorschläge darauf gerichtet sind, die Bestrebungen der Völker zur Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit zu zunichte zu machen. „Al Kabas“ betont, daß die „USA die Maske abwerfen und ihre Zähne zeigen, um durch die Dollarhilfe den schwach entwickelten Ländern eine neue Form des Imperialismus aufzuzwingen, wobei sie damit rechnen, daß sie die Völker und ihr Bewußtsein mit Hilfe des Dollars kaufen können“.

Die Veröffentlichung des Rockefeller-Briefes hat in den Regierungskreisen der USA eine tiefgehende Verwirrung hervorgerufen. Bezeichnend dafür ist, daß keiner von den Amerikanern, die mit der Grundlinie der Außenpolitik der USA gut vertraut sind, es wagte, den Inhalt dieses Dokumentes in Zweifel zu ziehen.

Heute sind wir in der Lage, ein für Präsident Eisenhower bestimmtes Memorandum von Dulles zu veröffentlichen, das uns aus absolut vertraulichen Quellen mitgeteilt wurde und das die in dem Schreiben Rockefeller berührten Gedanken die Grundlage der amerikanischen Regierungspolitik bilden und in der sogenannten Eisenhower-Doktrin ihren Ausdruck finden.

Schwache Verbündete

Das nachstehend inhaltlich wiedergegebene Memorandum wurde dem Präsidenten in der zweiten Dezemberhälfte, gleich nach der Pariser Tagung der NATO, vorgelegt. Auf Anweisung Eisenhowers wurden Kopien an die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates der USA und an des Nationalen Sicherheitsrats der USA zur Klärung ihrer Meinungen über die angeschnittenen Probleme versandt.

Das Memorandum beginnt mit einer Bemerkung von Dulles, daß die Vereinigten Staaten in ihrer Politik von den folgenden drei grundlegenden Faktoren ausgehen müssen, die in der letzten Zeit herangereift sind.

Als erstes ist eine ernste Schwächung der Verbündeten der USA, Großbritannien und Frankreichs, eingetreten. Die Kriegshandlungen im Nahen Osten haben deutlich die Verwundbarkeit der außenpolitischen Position Englands und Frankreichs sowie die wirtschaftliche Insolvenz und militärische Schwäche dieser Länder aufgezeigt.

Der Krieg in Ägypten hat das Prestige Englands und Frankreichs in Asien und Afrika untergraben. Zweitens, so schreibt Dulles, ist es notwendig, der alarmierenden Rolle Rußlands, die es in Verbindung mit den Ereignissen im Nahen Osten spielt, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Dies was Dulles zum Ausdruck gebrachte Standpunkt, daß die Notwendigkeit England und Frankreich gezwungen haben, die Kriegshandlungen einzustellen, wird, so bemerkt Dulles, besonders hervorzuheben in den arabischen Ländern geteilt.

Dulles schließt die Möglichkeit einer Invasion der Russen in dieses Gebiet aus. Er ist aber der Meinung, daß die von ihnen den arabischen Ländern erwiesene aktive Unterstützung die Araber in ihrem Kampf „gegen den Kolonialismus“ begünstigt.

• Dulles fürchtet Bund arabischer Länder

Ein dritter wichtiger Faktor ist nach Meinung Dulles' die unaufhaltsame Entwicklung der arabischen Länder zur Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, die zum Erstarken des arabischen Nationalismus führt. Das Ausmaß dieses Nationalismus und seines Einflusses auf andere Länder Asiens und Afrikas könne man sich zur Zeit gar nicht vorstellen.

Dulles schließt nicht die Möglichkeit aus, daß diese Bewegung letzten Endes zur Bildung eines arabischen Bundes im Mittleren Osten führen kann.

In Weiterführung dieses Gedankens weist Dulles darauf hin, daß das Erstarken des arabischen Nationalismus im Zusammenhang damit steht, daß die Araber die Niederlage Großbritanniens in der Ge-Agypten als das wichtigste Faktum in der Geschichte ihres Kampfes gegen den Kolonialismus ansehen, der sich zu einem „großen Unglück“ entwickelt. Nach den Worten Dulles' besteht gerade darin die Hauptbedrohung für den Westen.

In Auswirkung der genannten Faktoren, so erklärt Dulles, hat sich im Nahen Osten eine völlig neue Lage herausgebildet. Einerseits ist hier infolge der Niederlage Großbritanniens und Frankreichs ein gewisses Vakuum entstanden, das Großbritannien und Frankreich nicht ausfüllen können, der Lage in diesem Gebiet Herr zu werden. Andererseits beginnen Ägypten und die arabischen Staaten zu begreifen, daß sie ihre Angelegenheiten selbst entscheiden können, mehr imstande, der Lage in diesem Gebiet Herr zu werden. Andererseits beginnen Ägypten und die arabischen Staaten zu begreifen, daß sie ihre Angelegenheiten selbst entscheiden können, mehr imstande, der Lage in diesem Gebiet Herr zu werden.

Dulles ist der Meinung, daß sich der arabische Osten, wenn die Dinge sich in der bisherigen Weise entwickeln, bald in etwas Ähnliches wie

Indien verwandeln wird, und daß die Westmächte gezwungen sein werden, ihre Beziehungen zu den arabischen Ländern auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Deshalb, so betont er, ist die Lage eine solche, daß es erforderlich ist, schnelle Entscheidungen zu treffen. Wenn sie nicht heute getroffen werden, wird es morgen zu spät sein.

Lockende Ölvorkommen

Diese Entscheidungen müssen, nach Dulles darauf gerichtet sein, daß die USA, ohne Zeit zu verlieren, die erforderlichen Maßnahmen zur Ausfüllung des sich bildenden Vakuums ergreifen. Diese Maßnahmen sind um so notwendiger, bemerkt Dulles, als es sich um ein Gebiet handelt, in dem zwei Drittel der bekannten Erdölreserven konzentriert sind. Ein „freies Europa und Afrika“ hängen, bemerkt Dulles, „wirtschaftlich fast völlig von Nahost ab“. (Im weiteren führt er die üblichen Ziffern über den wirtschaftlichen Schaden an, den der Westen infolge der Schließung des Suezkanals und der Unterbrechung der Erdöllieferungen über die Ozeanungen erleiden kann. Zusammenfassend meint Dulles: „Darum hat) Amerika, wenn es nicht sofort entschieden handelt, niemals die ihm vorausbestimmte hohe Mission der Führung der freien Welt erfüllen.“

Die USA und der Bagdadpakt

Auf Grund des oben Dargelegten schlägt Dulles vor, einen neuen Kurs der amerikanischen Politik im Nahen Osten festzulegen. Hauptaufgabe dieser Politik ist, das Erstarken des arabischen Nationalismus zu überwinden und das Vakuum, das sich im Nahen Osten herausgebildet hat, auszufüllen.

Dazu, so bemerkt Dulles, ist es vor allem notwendig, bestimmte juristische, politische, wirtschaftliche und militärische Voraussetzungen zu schaffen, die die USA das Recht und die Grundlage zur Verwirklichung der erwähnten Aufgaben im Nahen Osten geben.

In einzelnen untersucht Dulles die Frage eines möglichen Beitritts der USA zum Bagdadpakt. Der gegebenen Etappe würde das nicht die Frage lösen, sondern die Lösung erschweren, da der Bagdadpakt in Anbetracht dessen, daß Großbritannien ihm angehört, von gewissen arabischen Ländern nicht mit dem westlichen Kolonialismus gleichgesetzt wird. Deshalb müsse der Bagdadpakt zwar gesetzmäßig sein, in Zukunft ein möglicher Beitritt der USA nicht ausgeschlossen bleibt, zur Zeit aber ein neues Herangehen an die Fragen des Nahen Ostens ausarbeiten wäre.

Dulles schlägt vor, den „Präsidentenfall Formosa“ auszunutzen und einen Beschluß des Kongresses herbeizuführen, der dem Präsidenten das Recht

erlaubt, „im Falle einer Bedrohung seitens des internationalen Kommunismus“, nach eigenem Ermessen amerikanische Truppen im Nahen Osten einzusetzen.

Auf der Suche nach militärischen Stützpunkten

Nachdem er dann andere Aspekte der amerikanischen Politik im Nahen Osten streift, schlägt Dulles vor:

Erstens: Kurs zu nehmen auf die Bildung eines „arabischen Verteidigungsblocks“, dem Libyen, Tunesien, Marokko und später auch Algerien angehören sollten. Dieser Fakt sei mit der NATO zu koordinieren.

Zweitens: Maßnahmen zu beschleunigter Stärkung der militärischen Positionen der USA im Nahen Osten dadurch zu ergreifen, daß einigen arabischen Ländern militärische Hilfe gewährt wird, ferner durch ein erweitertes Programm der Errichtung von Luftstützpunkten und schließlich durch Bildung und Stationierung sogenannter Abteilungen für „Spezialzwecke“, die möglicherweise mit Atomwaffen ausgerüstet sind, in einigen Ländern des Nahen Ostens. Unbedingt notwendig sei auch das beschleunigte Studium der Frage der Errichtung ständiger Marinestützpunkte für die 6. amerikanische Flotte im Mittelmeer.

Großbritannien und Frankreich sind abgemeldet

Nach Dulles besteht der Hauptvorrug der vorgeschlagenen Politik darin, daß bei Verwirklichung eines solchen Programms sich der Nahe Osten und Nordafrika in der Sphäre der „strategischen Verantwortlichkeit“ der USA befinden würden, womit die Möglichkeit geboten wäre, ohne Kompromittierung der traditionellen Partner Großbritannien und Frankreich, in diesem Gebiet entsprechende Maßnahmen durchzuführen.

Dulles hebt in seinem Memorandum hervor, daß bei der Verwirklichung des hier dargelegten Kurses und den damit verbundenen Teilaufgaben die Vereinigten Staaten im Auge haben müssen, daß die offene Proklamierung der Notwendigkeit einer „Ausfüllung des Vakuums“ im Nahen Osten unangenehm empfunden werden würde.

Auf Grund der sich daraus ergebenden schwierigen Aufgaben für die amerikanische Propaganda hält Dulles es für unbedingt notwendig, spezielle Methoden für die Propaganda auszuarbeiten, einschließlich der Entsendung von Spezialmissionen in die arabischen Länder. Die Grundthese dieser Propaganda müsse der Antikommunismus sein.

Nach seiner Meinung ist jedoch diese Propaganda, wie geschickt sie auch immer sein möge, noch nicht ausreichend, um die arabischen Länder zu veranlassen, dem neuen Kurs der amerikanischen Politik zuzustimmen. In Verbindung damit, bemerkt Dulles, müsse das gesamte militärische Programm nach Möglichkeit von der Ankündigung eines größeren, Programms wirtschaftlicher Hilfe begleitet sein.

Dulles will Beziehungen zur Sowjetunion verschlechtern

Den Schlüssel seiner Aufzeichnungen widmet Dulles einer Analyse der etwaigen Einstellung anderer Länder zu diesem Kurs der USA. Er hält es für unumgänglich notwendig, zu berücksichtigen, daß der neue Kurs im Nahen Osten zu einer „Verschlechterung der Beziehungen zu England“ führt. Die Vereinigten Staaten werden auch bei einer Reihe asiatischer Länder auf Ablehnung ihrer Politik stoßen, meint er. Offensichtlich erfordert das ein eingehendes Studium solcher Stimmungen unter den Asiaten und Wege zu ihrer Neutralisierung ausfindig zu machen. Schließlich wird die Aktivität der USA, nach Meinung Dulles, unbedingt in London und Paris eine eifersüchtige Reaktion hervorrufen, worauf besonderes Augenmerk zu richten wäre.

Dulles nimmt an, daß im Ergebnis des Verlustes ihrer Positionen im Nahen Osten und in Afrika und aus Furcht vor einer Verstärkung des westdeutschen Einflusses in Europa Großbritannien und Frankreich versuchen könnten, gute Beziehungen zu Rußland zu suchen, rechnet jedoch damit, daß der traditionelle Antikommunismus der Briten und die Verpflichtungen Großbritanniens und Frankreichs gegenüber der NATO Grund genug sind, diese Möglichkeit nur in einer sehr entfernten Perspektive in Betracht zu ziehen.

Zum Abschluß weist Dulles darauf hin, daß nach seiner festen Überzeugung die von ihm dargelegten Gedankengänge „voll und ganz mit den nationalen Interessen“ der USA übereinstimmen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sie nach der Billigung durch den Nationalen Sicherheitsrat als Grundlage für ein programmatisches Dokument dienen, das dem Amerikanischen Kongreß vorgelegt werden kann.

Soweit der Inhalt des Memorandums von Dulles an den Präsidenten der Vereinigten Staaten. Bekanntlich wendete sich Eisenhower am 5. Januar dieses Jahres mit einem Schreiben an den Kongreß, in dem er den neuen Kurs der Politik der Vereinigten Staaten im Nahen Osten verkündete. Daraus ergibt sich, daß das von Dulles vorgelegte Memorandum die Zustimmung des Nationalen Sicherheitsrates festzulegen und die Grundlage für die sogenannte Eisenhower-Doktrin bilden hat.